

## Schweiz

## Die lange geplante Demütigung der SVP

Nach dem Kommissionsentscheid zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sind die europapolitischen Frontlinien so klar wie lange nicht mehr. Die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU sind ausgesetzt, alle Parteien sind glücklich, ausser der SVP.

Philipp Loser

Plötzlich diese Klarheit! Zweieinhalb Jahre hat sich die interessierte Öffentlichkeit durch schwer verständliche Flussdiagramme gequält. Hat Chronologien, Optionen, Was-wäre-Wenns und die Alternativen dazu vorgesetzt bekommen - und wusste trotzdem nie so richtig, was denn nun Sache ist im Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz.

Heute, an Tag 4 nach dem Entscheid der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, die Masseneinwanderungsinitiative der SVP mit einem «Inländer-vorrang light» und ohne Höchstzahlen und Kontingente umzusetzen, scheint die Zeit der Verwirrung vorbei. Scheint sich das gesamte politische Establishment so einig in der Bewertung der Situation, dass man sich fragen darf: Warum haben wir das nicht kommen sehen?

● Punkt 1: Das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU, das die SVP schon seit Monaten präventiv und aus vollem Herzen verteufelt, spielt keine Rolle mehr. Die EU hatte immer darauf beharrt, ein Entgegenkommen bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gebe es nur, wenn gleichzeitig ein Rahmenabkommen über die institutionellen Fragen abgeschlossen werde. Diese Verknüpfung will die Schweiz nicht mehr länger akzeptieren und hat die Gespräche zu einem Abkommen bereits vor zehn Tagen unterbrochen, wie die «NZZ am Sonntag» schreibt. «Was wir nicht akzeptieren können, ist eine rechtliche Verknüpfung der beiden Dossiers», sagt Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) im Interview mit der Zeitung.

● Punkt 2: Möglich wird die Entflechtung der Dossiers durch die Lösung der Staatspolitischen Kommission: Sie ist - so wird das jedenfalls von allen Seiten gesehen - mit der Personenfreizügigkeit vereinbar. Ein Entgegenkommen der EU ist nicht mehr nötig, das ungeliebte und chancenlose Rahmenabkommen («Eine gescheiterte Abstimmung nützt niemandem», sagte Sommaruga im gleichen Interview) wird in eine möglichst weit entfernte Zukunft verschoben.

● Punkt 3: Alle sind zufrieden - ausser der SVP. Simonetta Sommaruga in der «NZZ am Sonntag», Bundespräsident Johann Schneider-Ammann (FDP) in der «SonntagsZeitung»: So wirr und uneins die Regierung in den Monaten vor dem Kommissionsentscheid agierte und tönte, so klar ist nun die Bewertung der Vorlage. «Ich halte die Stossrichtung für interessant», sagt Schneider-Ammann, was Bundesratsdeutsch für «einfach



Sie haben die Fäden gezogen: Kurt Fluri (links) und Philipp Müller, hier während der Sommersession 2014. Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

### Es war Philipp Müller, der die entscheidenden Gespräche mit der SP initiiert hatte.

grossartig» ist. Selbst CVP und Wirtschaftsverbände, die in der Kommission bis zuletzt versuchten, verbindliche Höchstzahlen und Kontingente durchzudrücken, sind mit dem Ergebnis zufrieden. «Wir wollten eine Vorlage, die ein Referendum überstehen kann. Und die haben wir nun», sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister.

#### Freisinniges Selbstverständnis

Und wie kommts? Redet man heute mit Beteiligten des Kommissionsentscheids, wird klar: Die Demütigung der SVP war von langer Hand geplant, und die entscheidende Rolle dabei spielte der Freisinn. Seit dem deutlichen Nein zur Durchsetzungsinitiative scheint die Angst der Bürgerlichen (der FDP) vor

der SVP verschwunden zu sein. Scheint Platz gemacht zu haben für das alte, oft arrogante Selbstverständnis des Freisinns: Was bürgerlich ist, bestimmen wir. Das geht so weit, dass man sich zumindest indirekt mit der Wirtschaft anlegt. Auf das Interview mit Valentin Vogt angesprochen, in dem der Arbeitgeberpräsident kurz vor der Kommissionssitzung in der NZZ Höchstzahlen verlangte (und damit das Gegenteil der FDP), sagt ein Freisinniger: «Glaubt der Vogt wirklich, irgendeine Sau würde interessieren, was er da verzapft?»

Derart war auch der Ton am Freitag, bei der Präsentation der Kommission. Versonnen lächelte FDP-Nationalrat Kurt Fluri vor sich hin, wirkte entspannt und für seine Verhältnisse fast schon fröhlich. Aber nur so lange, bis SVP-Nationalrat Gregor Rutz als Vertreter der Minderheit zu sprechen begann. Schneidend war Fluris Zurechtweisung, kein Wort von Rutz liess er unwidersprochen. Es war die öffentliche Fortsetzung der dreitägigen Kommissionssitzung, mit dem gleichen Ergebnis: Fluri wiederholte stur («So einen sturen Men-

schon kann man nicht erfinden», meinte ein Vertreter der Minderheit später) seine Position und tat das so lange, bis selbst die SVP verstummte.

#### Müller im Hintergrund

Nach dem Auftritt vom Freitag war offensichtlich, dass Fluri in den Beratungen eine entscheidende Rolle gespielt haben musste. Und dass er es - das war ebenso offensichtlich - genossen hatte, der SVP eins auszuwichen.

Bisher nicht bekannt war, welche Rolle der ehemalige Parteipräsident und heutige Ständerat Philipp Müller bei den Beratungen gespielt hat. Es war eine, so bestätigen es mehrere Quellen, ziemlich aktive. Müller war es, der bereits vor zwei Monaten in der «NZZ am Sonntag» exakt jene Umsetzung formuliert hatte, die in der Staatspolitischen Kommission schliesslich obsiegte. Und es war Müller, der die entscheidenden Gespräche mit der SP initiiert hatte.

Im besagten Interview sprach Müller vom «Vorrang arbeitsloser Inländer» und trug damit zum Einlenken der SP bei. Deren Fraktionschef Roger Nord-

mann hat heute Müllers Diktion übernommen und redet ebenfalls vom «Inländervorrang für arbeitslose Schweizer». Das sei zwar keine neue flankierende Massnahme, gehe aber in diese Richtung, sagt Nordmann. Gleichzeitig verspricht der Fraktionschef, die nun bestehende Lösung bei der Parlamentsdebatte nicht zu gefährden - mit Anträgen nach zusätzlichen flankierenden Massnahmen beispielsweise.

So deutet alles auf ein schlankes Durchkommen im Nationalrat hin. Auch der Ständerat dürfte das Gesetz nur marginal verändern. Es gibt nur noch wenige, die die grosse Einigkeit stören. Leute wie FDP-Ständerat Andrea Caroni beispielsweise, die mit der vorliegenden Lösung den Verfassungsauftrag zu wenig berücksichtigt sehen. Aber das seien Einzelstimmen, heisst es in der Fraktion.

Damit bleibt es dabei: alle gegen die SVP. Dort ist man ziemlich wütend auf die FDP. Christoph Blocher nennt den Freisinn eine Angsthasenpartei. Eine Partei, die nicht mehr wisse, wo ihre Loyalitäten liegen müssten: «Die FDP verwechselt Feind und Konkurrent.»

## Menschliches oder technisches Versagen?

### Skyguide soll den verunfallten F/A-18-Piloten auf eine zu tiefe Flughöhe geschickt haben. Das Radarsystem ist offenbar veraltet.

Heute vor einer Woche ist ein F/A-18-Kampfflugzeug am Hinter Tierberg beim Sustenpass verunfallt, dabei starb der Pilot, ein 27-jähriger Waadtländer. Der verunfallte Pilot war zusammen mit einem weiteren Flieger, der 15 Sekunden vorausflog, am Montagnachmittag auf dem Flugplatz in Meiringen BE gestartet.

Wenige Tage später berichtete «10 vor 10», dass es Probleme gegeben habe bei der Kommunikation zwischen der Unfallmaschine und der Flugüberwachung in Meiringen, für die Skyguide zuständig ist. Laut einer anonymen Quelle habe Skyguide dem Piloten eine falsche Flughöhe mitgeteilt.

Zu ähnlichen Schlüssen kam der «SonntagsBlick», der mithilfe von Experten, die ebenfalls nicht genannt werden, den Unfallhergang nachzeichnete. Nachdem das zweite Flugzeug den Kontakt zum vorausfliegenden verloren hatte, habe der Pilot des zweiten Flugzeugs routinemässig Kontakt mit dem Flugverkehrsleiter in Meiringen aufge-

nommen, der ihn nun führen sollte. Der Controller in Meiringen habe daraufhin die Führung des Kampfflugs übernommen, bis die Einsatzzentrale in Dübendorf ablösen konnte. Aus unbekanntem Gründen habe der Controller in Meiringen den Piloten auf eine zu niedrige Flughöhe geschickt, die Rede sei von «3048 Metern». Wenig später krachte die F/A-18-Maschine auf 3400 Metern über Meer in die Felswand. Der Flugverkehrsleiter habe seinen Irrtum noch bemerkt, schreibt der «SonntagsBlick», und habe dem Piloten eine neue Flughöhe durchgeben wollen. Doch er habe ihn nicht mehr erreicht.

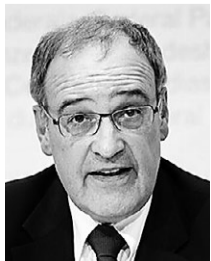
#### Radar aus den Siebzigern

Ob menschliches oder technisches Versagen die Ursache des Absturzes ist, wird derzeit von der Militärjustiz untersucht. Recherchen der «SonntagsZeitung» ergeben, dass das Radarsystem

auf dem Militärflugplatz Meiringen veraltet ist. Es stamme aus den Siebzigern und sei fehleranfällig, schreibt die Zeitung. Bei schlechtem Wetter seien die Flieger darauf teilweise kaum mehr zu erkennen, werden Lotsen und Piloten zitiert. Das Gerät müsse dringend ersetzt werden, was auch geplant sei - jedoch erst 2017. Bereits umgerüstet wurden hingegen die Flugplätze in Payerne VD und Emmen LU. 2009 habe die Armee in Berichten festgestellt, dass die Radarsysteme dringend ersetzt werden müssten.

Der Journalist und Aviatik-Blogger Pascal Kümmerling zweifle an der These, dass die Flugsicherung einen Fehler gemacht habe, schrieb «Le Temps». Die Zeitung zitiert auch einen anonymen Flugexperten. Beide, der anonyme Experte und Kümmerling, glauben, dass der junge, wenig erfahrene Pilot versucht habe, den Kontakt zum vorausfliegenden Flugzeug wiederzufinden, nachdem er abgebrochen war, und dass er dabei nervös geworden sei und die Kontrolle verloren habe.

Der Tod des Piloten beschäftige ihn sehr, sagt Verteidigungsminister Guy Parmelin im Gespräch mit dem «SonntagsBlick». Für ihn und das Departement seien das schwere Tage gewesen, er sei mit den Gedanken beim Verstorbenen und dessen Angehörigen, denen er einen Brief schreiben werde. (TA)



Guy Parmelin  
Verteidigungsminister

## Nachrichten

### Migration Zuwanderung geht deutlich zurück

Die neusten Zahlen aus dem Staatssekretariat für Migration (SEM) zeigen einen Einbruch der Einwanderung im Juli. Das berichtet die «NZZ am Sonntag». Die Nettozuwanderung betrug im Juli bloss 1981 Personen, der tiefste Stand seit fast zwei Jahren. Im ersten Halbjahr bewegte sich die Nettozuwanderung pro Monat jeweils zwischen 4300 und 6400 Personen. Ähnlich hoch war sie auch in den zwei Jahren zuvor. Blicke die Einwanderung auf diesem Niveau bis Ende Jahr, ergänzt die «SonntagsZeitung», würde die ganzjährige Nettozuwanderung 40 000 Personen betragen und wäre somit halb so gross wie im Vorjahr. (TA)

### Waadt Juso verweigern Pierre-Yves Maillard die Unterstützung

Die Waadtländer Juso verweigern den wieder kandidierenden SP-Regierungsräten Pierre-Yves Maillard und Anne-Catherine Lyon die Gefolgschaft. Beide sollen nicht für eine vierte Legislatur antreten. Am Parteikongress Ende September wollen die Juso die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung ablehnen. Den Rückzug von Lyon verlangten bereits mehrere Stimmen aus der SP des Kantons. Gegen die erneute Kandidatur von Maillard dagegen regte sich bis anhin kein

offener Widerstand. Er ist Leitfigur der Waadtländer SP und ihre Lokomotive im Wahlkampf. (SDA)

### Asylwesen Mehr Asylsuchende verschwinden

20 bis 40 Prozent der Menschen, die gegenüber Schweizer Behörden sagen, ein Asylgesuch stellen zu wollen, sind in den letzten drei Monaten unkontrolliert verschwunden. Das sind mehr als früher. Dass Asylsuchende unkontrolliert abreisten, bevor ihre Asylgesuche formell vollständig registriert seien, sei nicht neu, so das Staatssekretariat für Migration zu einem Bericht von «SonntagsZeitung» und «Le Matin Dimanche». Speziell am Sommer 2016 sei jedoch der «erhöhte Anteil von Personen, der vor gibt, in der Schweiz ein Asylgesuch stellen zu wollen, jedoch so rasch wie möglich irregulär weiterreisen will». (SDA)

## Korrekt

### Stimmfreigabe zum NDG

In der Ausgabe vom Samstag haben wir berichtet, dass die GLP das neue Nachrichtenendienstgesetz unterstützt. Das stimmt nur bedingt: In der Schlussabstimmung der Räte sagte die GLP zwar deutlich Ja zum Gesetz, ihre Delegierten haben nun allerdings Stimmfreigabe beschlossen. (TA)